



1. September 2020

**DESTRUKTIVES VERHALTEN MUSS GESTOPPT WERDEN,
UM BLUTVERGIESSEN IN WEISSRUSSLAND ZU VERHINDERN!**

In letzter Zeit beschleunigten russische und belarussische Behörden die Rückkehr zu autoritären Verhaltensweisen im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020. Die Wahlen waren sowohl von der belarussischen Bevölkerung als auch von der internationalen Gemeinschaft als weder frei noch fair bewertet worden.

Am 27. August 2020 berichtete die russische Agentur TASS:

„Russland hat auf Ersuchen des amtierenden Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, begonnen, eine Reserve-Polizeitruppe aufzustellen, die jedoch zunächst nicht zum Einsatz kommen wird, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag in einem Interview mit dem 60-Minuten-Programm des Fernsehkanals Rossiya-1.

"Alexander Grigorjewitsch [Lukaschenko] hat mich gebeten, eine Reserve-Polizeitruppe zu bilden, und das habe ich getan. Wir haben uns jedoch auch darauf geeinigt, dass sie nur zum Einsatz kommt, wenn die Situation außer Kontrolle gerät", sagte der Präsident. "

Allein die Tatsache, dass der russische Präsident solche bedrohlichen Erklärungen aussprach, stellt einen weiteren Fall offenkundiger und unmissverständlicher Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes dar, in diesem Fall Belarus.

Daher sollten russische Botschafter in den westlichen Demokratien einbestellt und klar und deutlich gewarnt werden, dass jeder tatsächliche oder angedrohte Einsatz russischer „Gesetzhüter“ in Belarus als nicht hinnehmbare Verletzung der territorialen Integrität von Belarus und des internationalen Rechts verstanden und Sanktionen zur Folge haben wird.

Nach jüngsten Berichten haben belarussische Behörden zahlreichen Journalisten die Akkreditierung entzogen, andere wurden inhaftiert und abgeschoben. Solche Aktionen sind besorgniserregend, da sie klare Anzeichen für eine geplante, systematische Vertuschung schwerer Übergriffe auf Demonstranten sind.

Aufgrund der Unterdrückung der Medienfreiheit sollten auch belarussische Botschafter in den westlichen Demokratien vorgeladen, ermahnt und darauf hingewiesen werden, dass jede weitere Aggression gegen die Demonstranten nicht nur verurteilt, sondern schärfstens sanktioniert wird.

Am 30. August 2020 beschrieb die russische Nachrichtenagentur TASS, wie Präsident Putin seinen belarussischen Amtskollegen an dessen Geburtstag begrüßte und folgendes hinzufügte:

„Während des Telefongesprächs bestätigten die Seiten ihre Pläne, die russisch-belarussische Allianz weiter zu stärken und die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in allen Bereichen auszuweiten.

[...]

Dies ist das sechste Gespräch zwischen Putin und Lukaschenko in letzter Zeit. Der russische Präsident erörterte die Lage im Land auch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel“.

Aus diesem Bericht lassen sich zumindest drei Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens, dass der russische Präsident – wieder einmal – eine Krise ausnutzt, um Russlands Expansionspolitik voranzutreiben.

Zweitens, dass der russische Präsident weiterhin mit westlichen Staats- und Regierungschefs im Gespräch ist und dabei als selbsternannter Sprecher derjenigen Länder auftritt, die er als Teil von Russlands Einflussphäre betrachtet.

Drittens mischt sich der russische Präsident aktiv in die inneren Angelegenheiten Belarus' ein.

Westliche Staats- und Regierungschefs müssen weitaus proaktiver und unmissverständlich für den Schutz von Demokratie und grundlegenden Menschenrechten eintreten. Jede vermeintliche Gleichgültigkeit ihrerseits wird von autoritären Kräften voll ausgenutzt werden, um die legitimen Bestrebungen des belarussischen Volkes, in einem rechtsstaatlichen Land zu leben, mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Eugene Czolij

NGO "Ukraine-2050" Präsident

Präsident des Ukrainischen Weltkongresses (2008-2018)

www.ukraine-2050.org

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ukraine-2050“ ist eine gemeinnützige Organisation, die gegründet wurde, um innerhalb einer Generation – bis 2050, die Umsetzung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Ukraine als völlig unabhängiger, territorial integraler, demokratischer, reformierter und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger europäischer Staat zu fördern.